

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 35 / 43. Jg.

29. Aug. 1930

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-schluß: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 5583. Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - **Zustellen an die Expedition erbeten.** [Postverlagsort Scheuditz]

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Der 14. September 1930 und die Gewerkschaften

Die bevorstehenden Reichstagswahlen sind durch die Aktivität der Gewerkschaften notwendig geworden. Wenn auch in den Gewerkschaften keine Parteipolitik getrieben wird, so wird doch auf dem Gebiete der Sozialpolitik und der Sozialversicherung auf die Entscheidung des Reichstages ausschlaggebend einzuwirken versucht. Seit der Einführung sozialpolitischer Gesetze hat die Sozialdemokratische Partei die von den Gewerkschaften aufgestellten Richtlinien und Grundsätze vertreten. In der Nachkriegszeit ist die Sozialpolitik verstärkt betrieben worden. Not und Elend waren als Folge des Krieges wesentlich größer geworden als in der Vorkriegszeit. Es war deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaftsvertreter, diesen Arbeitern und Arbeiterinnen auf dem Wege der Gesetzgebung Stützpunkte zu verschaffen.

Seit 1918 haben die Gewerkschaften zu allen Reichstagswahlen Stellung genommen. Die Neutralität der Vorkriegszeit, die unter dem Zwang der Gesetze proklamiert worden war, wurde 1919 aufgegeben. Die Gewerkschaften unterstützten bewußt die große Arbeiterpartei, der sie die Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung verdankten, durch deren Wirken nun die staatspolitische Entwicklung sich vollzog. Die Gewerkschaften sind heute auch noch neutral in dem Sinne, daß sie von dem eingetretenen Mitglied kein politisches oder religiöses Glaubensbekenntnis verlangen. In den Gewerkschaften sollen Arbeiter und Arbeiterinnen eines Berufes vereinigt werden. Deshalb haben die Gewerkschaften auch niemals eigene Kandidaten zu den parlamentarischen Körperschaften aufgestellt. Sie haben vielmehr nur geprüft, welche Partei die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder im Reichstag vertreten hat. Diese Prüfung hat in allen Fällen bisher ergeben, daß ernstlich und nachdrücklich, ausgestattet mit Sachkenntnis, nur die Sozialdemokratische Partei die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder vertreten hat. In immer stärkerem Maße haben deshalb die Gewerkschaften offen und mit äußerster Energie die Kandidaten dieser Arbeiterpartei unterstützt.

In dem Aufruf der deutschen Gewerkschaften steht am Anfang der Satz: „Der 14. September wird entscheidend sein für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse“. Die politische Tagespresse hat hinzugefügt: Das Wahlergebnis wird entscheidend die internationalen Beziehungen der Völker zueinander beeinflussen. Man sollte annehmen, daß so gewichtige Worte ein außerordentlich starkes Echo in der Arbeiterschaft wecken werden. Ähnliches ist aber schon bei früheren Wahlkämpfen gesagt worden, ohne daß die breiten Arbeitermassen, die weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert sind, die Bedeutung solcher Worte erkannten. Das war solange erträglich, als mit dieser fal-

schon Stellungnahme der Arbeiterschaft nur der sozialpolitische Fortschritt in Deutschland aufgehalten wurde. Jetzt ist die Gefahr eines politischen Fehlrurteils der Arbeiterschaft aber viel größer. Wir befinden uns nach jahrelangen gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen auf einem gewissen Höhepunkt einer sozialpolitischen Entwicklung der Gesetzgebung. Die bürgerlichen Parteien haben keinerlei Zweifel darüber gelassen, daß sie nach einem entsprechenden Wahlergebnis am 14. September zu ihren Gunsten die sozialpolitischen Gesetze erheblich verschlechtern werden.

Leider hört man vielfach auch von Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern, daß die demokratische Republik in Deutschland nicht gerade Großes geschaffen hat. Es soll deshalb an dieser Stelle eine Zusammenstellung Platz finden, die nach amtlichen Berichten aufgestellt worden ist. Es wurden für soziale Zwecke aufgebracht:

Versicherungsbranche	In Millionen Mark		
	1913	1924	1929
Krankenversicherung	582,8	1070,1	2150,0
Unfallversicherung	226,8	144,9	400,5
Invalidentversicherung	290,0	362,5	1092,0
Angestelltenversich.	138,1	129,4	372,0
Knappschaftliche Pensionsversicherung	75,0	147,3	239,3
Arbeitslosenversich.	—	222,4	1538,6
Summe A	1312,7	2076,6	5792,4
Zuschußleistungen des Reiches, der Länder und Gemeinden:			
	In Millionen Mark		
	1913	1924	1929
Krankenversicherung	—	9,4	27,0
Invalidentversicherung	58,5	109,0	451,0
Knappschaftsversich.	—	—	56,0
Arbeitslosenversich.	—	180,9	1042,1
Summe B	58,5	299,3	1576,1
Summe A und B zus.	1371,2	2375,9	7368,5

Der gesamte Sozialaufwand des Kaiserreichs betrug (1913) 1371,2 Millionen, der Sozialaufwand der viel ärmeren Republik aber (1929) 7368,5 Millionen Mark.

Nicht einbezogen sind in diese Summe die 2,5 Milliarden, die in der Republik jährlich für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen verausgabt werden.

Sehen wir also von der Fürsorge für die Kriegsgesopfen ab, so leistet das verarmte republikanische Deutschland in der Sozialpolitik ein Mehrfaches von dem, was das wohlhabende Kaiserreich der Vorkriegszeit festgesetzt hatte. Diese Fortschritte wären nicht erzielt worden, wenn nicht der Aufstieg der Arbeiterschaft erfolgt wäre und die Teilnahme an der politischen Macht in Deutschland die Gesetzgebung entscheidend beeinflusst hätte.

Mit diesen Zahlen ist die Bedeutung des Wahlkampfes für jeden Gewerkschafter ganz offenbar. Was würde wohl in dieser wirtschaftlichen Krise in Deutschland eingetre-

ten sein, wenn diese sozialpolitische Gesetzgebung nicht vorhanden gewesen wäre. Die Gewerkschaften haben heute noch nicht die Macht, die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend zu beeinflussen. Der Kampf um die Wirtschaftsdemokratie steht erst in seinen Anfängen und deshalb hat die Sozialpolitik für die deutschen Arbeiter eine so ungeheure Bedeutung. Die Reichstagsauflösung war die Kampfansage des deutschen Bürgertums an die Arbeiter. Sie schätzen die Arbeiterklasse politisch so niedrig ein, daß sie ernstlich glauben, trotz des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes soviel Arbeiter für ihre Parteien als Wähler einzufangen zu können, um die Pläne gegen die Arbeiterklasse zu verwirklichen.

Das Wahlergebnis von 1928, das einen ungeheuren Fortschritt brachte, läßt eine politische Gesetzgebung gegen die Arbeiterklasse nicht zu. Die Arbeiterparteien im Reichstag, insbesondere der große Erfolg der Sozialdemokratischen Partei und die aktive Regierungsbeteiligung schützen den erreichten politischen Fortschritt. Es braucht nur eine Gegenüberstellung gemacht zu werden: Aussperrung der Arbeiter an der Ruhr, um einen verbindlichen Schiedsspruch nicht anzuerkennen, Unterstützung dieser Arbeiter durch die Reichsregierung Müller-Severing. Unter der Brüning-Regierung: Oeynhausener Schiedsspruch, der einen Lohnabbau vorsieht, der vom Reichsarbeitsminister Stegerwald für verbindlich erklärt wird. Erhält also diese Brüning-Regierung am 14. September die Mehrheit, dann wird der Kampf gegen die Arbeiterschaft sowohl durch die Gesetzgebung als auch durch verbindliche Schiedssprüche fortgesetzt. Es geht also bei dieser Reichstagswahl wirklich um das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse.

Da in Deutschland 85 Proz. der Bevölkerung Arbeiter und Angestellte sind, die nichts weiter besitzen als ihre Gesundheit und Arbeitskraft, müßten diese unter dem geltenden Wahlgesetz die Mehrheit in den Parlamenten haben. Seit 1918 hat es aber weder in den Länderparlamenten noch im Reichstag eine Mehrheit gegeben. Zwar waren im letzten Reichstag neben den 152 Sozialdemokraten 54 Kommunisten, also 207 Abgeordnete von 425. Es ist aber in der letzten Arbeitsperiode im Reichstag niemals möglich gewesen, diese 207 Reichstagsstimmen geschlossen für die Zwecke der Arbeiterschaft positiv in die Waagschale zu werfen.

Die politische Vertretung der Unternehmer geht darauf hinaus, die politische Macht der Arbeiter zu schwächen. In solcher Zeit müßte eigentlich eine sozialistische Einheit das Naturnotwendige und Selbstverständliche sein. Wir haben nun unzählige Male erlebt, daß die von Moskau dirigierte kommunistische Fraktion des Reichstages bei den Kämpfen um die Sozialpolitik nicht etwa die sich wendenden Gewerkschaften und die sozialdemokratische Fraktion unterstützte, son-

dem bemüht war, den Einfluß der Vertreter der festorganisierten und aufgeklärten Arbeiterschicht zu schwächen. Damit arbeitete die Kommunistische Partei den Scharfmachern und politischen Reaktionären direkt in die Hände. Sie sind in Wirklichkeit schuld an der proletarischen Ohnmacht in dieser politisch schwersten Zeit. Die Kommunisten haben die Zersplitterung der deutschen Arbeiterschaft im weltpolitischen Interesse Moskaus hervorgerufen und bis zum heutigen Tage fortgesetzt.

In erster Linie steht in dem Kampf zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten die Beteiligung an der Reichsregierung. Für diese Beteiligung hat der Kieler Parteitag ausdrücklich festgestellt:

„Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung hängt allein von der Prüfung der Frage ab, ob die Stärke der Sozialdemokratie im Volke und im Reichstag die Gewähr gibt, durch Teilnahme an der Regierung in einer gegebenen Situation bestimmte, im Interesse der Arbeiterbewegung gelegene Ziele zu erreichen oder reaktionäre Gefahren abzuwehren.“

Nach diesen Grundsätzen ist bisher verfahren und wir können uns wohl die Frage erlauben: was wäre aus Deutschland und der deutschen Arbeiterbewegung geworden, wenn nach den kommunistischen Parolen verfahren worden wäre? Wir brauchen nur an den Kampf der Deutschnationalen um die Macht in Preußen zu erinnern. Mit allen Mitteln der Intrige und der politischen Verleumdung versuchen sie wieder in Preußen zur Herrschaft zu kommen. Die Macht der Arbeiterbewegung wäre noch größer, wenn die Kommunisten der Sozialdemokratie nicht dauernd in den Rücken fielen. Der Bürgerblock im Reiche wäre unmöglich, wenn es keine kommunistische Fraktion mit 54 Abgeordneten, sondern 200 sozialdemokratischen Abgeordneten statt der 152 von heute gäbe. Die Gewerkschaften können die Parole Sinojews nicht anerkennen: „Durch Niederlage müssen wir die Arbeiterklasse zum Siege führen“. Deshalb geht die kommunistische Politik zu Lasten der Arbeiterklasse; die sozialdemokratische Politik geschieht zum Besten der Arbeiterklasse.

Es seien hier noch zwei Beweise angeführt, daß auch die bürgerlichen Parteien die Kommunistische Partei als die beste Stütze der Reaktion betrachten. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, ein Organ der sozialreaktionären Großunternehmer schrieb in ihrer Nummer vom 3. Februar 1930: „Was die Kommunisten selbst betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Die Frage ist nur, ob diese Grenzen bereits erreicht oder gar überschritten worden sind. Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird. Sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat solange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie wirken.“

Und das Hauptorgan der deutschnationalen Unternehmerrpartei in der Tschechoslowakei schreibt am 12. Mai 1930 ähnlich: „Die Kommunisten läßt man einfach toben, um sie dann glatt zu überstimmen. Mit den Sozialdemokraten muß man aber verhandeln und beim Verhandeln muß man immer etwas zugeben.“ Diese beiden Beispiele mögen beweisen, daß das Bürgertum an dem Bestande der Kommunistischen Partei direkt interessiert ist. Jeder Arbeiter, der seine Stimme der Kommunistischen Partei bei der nächsten Reichstagswahl gibt, trägt deshalb nur dazu

bei, die Pläne der Bürgerblockparteien zu erleichtern.

Zu allem Unglück für die Arbeiter in Deutschland ist nun noch eine neue Partei entstanden, die vorgibt, eine Arbeiterpartei zu sein und die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Sie marschieren unter der Fahne des Antisemitismus. Schon August Bebel hat vor mehreren Jahrzehnten diesen Antisemitismus den „Sozialismus der dummen Kerle“ genannt. Zur Kennzeichnung dieses Antisemitismus nur eine Frage: Wenn alle Juden totgeschlagen oder ausgewiesen würden, wäre damit auch nur einem einzigen Arbeitslosen geholfen? Stellen wir demgegenüber fest, daß das Kapital nicht nach der Konfession fragt, wenn es durch Konzentration mehrerer Betriebe seinen Profit steigern kann. Unser Feind ist deshalb nicht der



Am 14. September muss
der Bürgerblock gesprengt
werden:

Wählt Liste 1
Sozialdemokraten!

Jude, sondern der Kapitalismus. Dieser zerstört die selbständigen Existenzen des Mittelstandes und proletariert die Massen. Die nationalsozialistische Politik ist deshalb nur eine Spekulation auf die Dummheit, um den Massen einen Sündenbock zu schaffen und die Ursache des Elends der Arbeiter zu verdunkeln und sie von dem wahren Schuldigen abzulenken.

Trotz dieses Antisemitismus nehmen die Hitlerleute und Hakenkreuzler von den Juden Geld, wie sie auch von den Kapitalisten Geld zur Förderung ihrer Bewegung erhalten. Einer der berühmtesten Scharfmacher in Deutschland, der schon in der Vorkriegszeit Todfeind der Arbeiter war, ist jetzt ein Freund von Hitler: Emil Kirdorf hat im „Völkischen Beobachter“ vom 27. Aug. 1929 Hitler seine Begeisterung ausgedrückt und ihm aus vollem Herzen Erfolg gewünscht. Dieser Kapitalist ist also begeistert über

den neuen Sozialismus der Hitlerleute. Es braucht auch nur daran erinnert zu werden, daß Ludendorff auch zu dieser Gruppe der Nationalsozialisten gehört und neuerdings haben sich auch Hohenzollernprinzen dieser Bewegung angeschlossen. Noch deutlichere Beweise für den kapitalistischen reaktionären und volksfeindlichen Charakter der Nationalsozialisten brauchen nicht erbracht zu werden.

Die Politik, die die Nationalsozialisten in Koburg und Thüringen treiben, ist deshalb auch eine ausgesprochene bürgerlich-kapitalistische. Darüber kann auch die markt-schreiberische Reklame nicht hinwegtäuschen. Die Propheten des Faschismus predigen nur Irrlehren und Gewalt Herrschaft. Käme wirklich das verheißene dritte Reich, dann würden sicher die Arbeiter in diesem nur schlecht bezahlte und rechtlose Proleten sein. Ein Deutschland, das hinter dem Hakenkreuz marschiert, marschiert sicher in den Abgrund. Der Nazi will der „Wahre Jakob“ in der Politik sein. Wir können deshalb den Kollegen nur den Spruch ins Gedächtnis rufen: „Willst du rasch im Sumpf ersaufen, brauchst du nur zum Nazi laufen!“

Es ist anzunehmen, daß unsere Kollegen, wie überhaupt jeder organisierte Gewerkschafter, irgendeiner bürgerlichen Partei ihre Stimme nicht geben wollen. Nur politisch völlig Indifferente wählen heute noch ihre Klassengegner. Der Arbeitslose, der aufgeklärte Gewerkschafter, der politisch denkende Arbeiter kann nur der Sozialdemokratischen Partei seine Stimme geben. Hier hat er die Gewähr, daß im Rahmen der Machtverhältnisse seine Interessen wirksam vertreten werden. Wir müssen also dafür sorgen, daß durch die Reichstagswahl das Steuer der Reichsregierung herumgeworfen wird. Die Parole für die Gewerkschaftsmitglieder kann deshalb für den 14. September 1930 nur lauten:

„Vorwärts für Demokratie und
Sozialismus,
gegen Abbau der Löhne und
Sozialpolitik,
für das arbeitende Volk,
für die Sozialdemokratie!“

Ein gefährlicher Trugschluß

Wahltag ist Zahltag! Aber für den Arbeiter und Angestellten nur dann, wenn er es versteht, in richtiger Münze zu zahlen. Gründlich falsch gerechnet ist es aber, wenn heute noch gewerkschaftlich und politisch ungeschulte Arbeitnehmer glauben, es könnte besser werden, wenn die Nationalsozialisten oder eine andere bürgerliche Partei ans Ruder käme. Diese irreführenden Menschen gehen gefühlsmäßig von dem Gedanken aus, daß die Wirtschaftskrise in erster Linie auf Geldmangel zurückzuführen ist, der zum Teil durch die Kapitalflucht verschuldet wurde. Man glaubt, wenn eine bürgerliche Regierung ans Ruder kommt, würden die fahnenflüchtigen Kapitalisten ihre Gelder nach Deutschland zurückholen und damit wäre der Weg für bessere Zeiten offen. Wer so denkt, begreift nicht, daß die augenblickliche Wirtschaftskrise ganz andere Ursachen hat. Zum großen Teil ist es der Mangel an Absatz, geboren aus der geringen Kaufkraft der großen Masse. Zum andern Teil spiegelt sich aber auch der Kampf um die Verteilung der Reparationslasten in der jetzigen Krise wider. Durch die Reparationen wird Deutschland ein Menschenalter gezwungen, alle Kapitalanlagen schärfer zu besteuern, wie die sogenannten Siegerländer. Und aus diesem Grunde, um dieser höheren Besteuerung zu entgehen, deshalb sind die Milliarden ins Ausland verschoben worden. Kann nun eine Nazi-Regierung oder eine andere bürgerliche Regierung diese Lasten vermindern? Wir sagen: Nein! Es kann sich nur um die Verteilung der Lasten handeln, darum, ob die große Masse oder der Besitz mehr oder weniger zu diesen Lasten herangezogen wird! Und da muß es jedem einzelnen klar sein, daß für die Entlastung der Arbeiterschaft nur eine Partei restlos eintritt, die Sozialdemokratische Partei.

„Bloß Schnauze!“

I.

Ein geflügeltes Wort sagt, daß am meisten gelogen wird vor einer Wahl, während eines Krieges und nach einer Jagd. An dieses wahre Wort wird man täglich erinnert bei der Lektüre einer gewissen Sorte der politischen Tageszeitungen. Es kann ohne weiteres zugegeben werden, daß vor jeder Wahl und von jeder Partei etwas dick aufgetragen wird. Was aber auf diesem Gebiete in der Gegenwart geleistet wird, das übersteigt doch das Maß des Erträglichen um einige hundert Prozent. Vor allen Dingen sind es die sogenannten „Flügelparteien“, die sich zwar auch „Sozialisten“ nennen, aber an Gehässigkeit, Demagogie, Verleumdung und Lügenhaftigkeit, soweit es gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie geht, alles Dagewesene in den Schatten stellen. Der Zweck dieser Übung liegt für denkende Menschen offen zutage. Für nur gefühlsmäßig Eingestellte ist es nicht ohne weiteres ersichtlich und besonders für solche nicht, die nicht durch die Schule der Gewerkschaften gingen oder deren gewerkschaftliche und politische Erziehung noch nicht soweit fortgeschritten ist, daß sie Wert und Unwert dieser Taktik erkennen und selbst urteilen können. Deshalb soll zum Nutzen und Frommen derer, denen an Aufklärung gelegen ist, einigens gesagt werden.

Die Kommunisten

Die kommunistischen Parteien aller Länder wurden geschaffen und werden finanziell ausgehalten, um den politischen und wirtschaftlichen Interessen des Sowjetstaates zu dienen. Diese Parteien dürfen nur tätig werden auf Befehle und Anweisungen. Änderungen der ökonomischen Politik des Sowjetstaates haben sofortige Änderung der Taktik dieser Parteifilialen zur Folge. Die Verhältnisse der eigenen Länder spielen dabei gar keine Rolle. Wollte man die unzählbaren Wendungen und Richtungen in der russischen Politik auch nur mit Stichworten rubrizieren, dann wären Bände nötig. „Begründet“ werden diese Richtungsänderungen meist durch seitenfüllende „Resolutionen“, die von der Geschwätzigkeit der sich jeweils am Ruder befindlichen Nur-Literaten bedredtes Zeugnis ablegen. Dieses Durcheinander hat zu Richtungskämpfen geführt, und kein Mensch kann heute sagen wieviel es Sekten gibt, die alle von sich behaupten, die einzig richtige „Linie“ zu verfolgen und die sich gegenseitig mit Schimpfwörtern belegen, von denen das Wort „Verräter“ noch gesellschaftsfähig genannt werden kann. Die „Weltbühne“ charakterisierte diese Verhältnisse vor einiger Zeit treffend wie folgt:

„KPD. Wer ist schon hinausgeworfen? Wer ist noch nicht hinausgeworfen? Wer fliegt nächstens hinaus? Wer ist inzwischen wieder aufgenommen worden? Welches war in der vergangenen Woche die einzig richtige Lehre? Welche ist es in der nächsten Woche? Ist Bucharin schon oder schon wieder maßgebend? Bitte um freundliche Antwort, man findet sich nicht mehr zurecht.“

Daß eine Partei, die nur als Auslandsvertretung einer anderen Partei tätig sein darf und für deren Tun nur die ganz anders gearteten Verhältnisse jenes Landes maßgebend zu sein haben, weit davon entfernt ist, die Interessen der Arbeiter des eigenen Landes wirksam zu vertreten, das dürfte ohne jede Mühe wirklich von jedem erkannt werden. Das haben auch die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie rechtzeitig erkannt und sie handeln danach. Wütende, jedes Maß überschreitende Beschimpfungen und Verleumdungen sind die Folgen dieser Einstellung. Dabei lügen die kommunistischen Parteibonzen wie die Teufel und geben an, daß sich die Gegnerschaft von Partei und Gewerkschaft gegen den russischen Bauernstaat an sich richtet. Das ist natürlich falsch, denn jeder, der es wirklich ernst meint mit der Arbeiterschaft, muß ein Interesse daran haben, daß sich der jetzt noch kleinbürgerliche und kleinbäuerliche russische Agrarstaat zum modernen Arbeiterstaat entwickelt, um den Arbeiterbewegungen der anderen Länder eine wirksame Rückenstütze zu bieten. Eben darum sind ja Gewerkschaften und Partei stark daran interessiert, daß zum Aufbau und zur Befestigung des werdenden russischen Arbeiterstaates Wege eingeschlagen und Mittel angewendet werden, die für alle Zeiten den Erfolg garantieren. Weder Schlagring und Dolch, noch Einkerkung, Erschießung und Deportation anderer Arbeiterschichten sehen Partei und Gewerkschaft für geeignet an, alles zum guten Ende zu führen. Nur die amezogene Erkenntnis, daß wir eine andere Welt bauen müssen und die freiwillige, eben auf dieser Erkenntnis fundamentierende Überzeugung, an diesem großen Werk mitzuarbeiten, kann jenen gewünschten dauernden Erfolg bringen. Diesen Widerspruch und diese andere Meinung können aber die Parteipäpste der Sowjetunion nicht vertragen. Sie haben sich theoretisch ausge-

dacht, daß man gewisse ökonomische und gesellschaftliche Perioden überspringen kann und daß ein Land mit 85 Proz. Kleinbauern, von denen der überaus größte Teil weder lesen noch schreiben kann, just das geeignetste Material ist, eine bessere Wirtschaftsordnung aufzubauen. Nach dem Rezept dieser Theoretiker müssen die anderen Länder außerhalb Rußlands dann noch Bürgerkrieg machen und alles zerschlagen, um ebenfalls die Vorbedingungen zur Errichtung dieser angestrebten „Ordnung“ zu schaffen. Daß in den anderen Staaten der Kapitalismus noch in festen Positionen sitzt und daß nach den Parlamentswahlen beurteilt z. B. in Deutschland das sozialistische Erziehungswerk erst reichlich ein Viertel aller Wahlberechtigten auf unsere Seite ziehen konnte, das ist für die Theoretiker und Literaten im Kramel einfache Luft. Wer sich gegen ihre Politik wendet, ist eben ein Verräter, ein Bonze, ein Lump und noch vieles andere mehr.

Da sich nun der wertvollste Teil der deutschen Arbeiterschaft gegen diese Taktik wendet, versucht man es mit den Unorganisierten, die man als die wirklich revolutionären Jaköbe anspricht, und denen man jedes keimende Verständnis für gewerkschaftliche Betätigung durch Beschimpfung der freien Gewerkschaften austreibt. Um System in die Sache zu bringen, sind wieder einmal „Richtlinien“ beschlossen worden, von denen einige im Auszug folgen sollen:

„... Die vorbereitende Agitations- und Organisationsarbeit muß unter der Lösung geführt werden: Hofft nicht auf die Gewerkschaftsbürokraten... Bei Arbeitskämpfen muß die erbitterteste Agitation und Propaganda in den Massen gegen die von oben ernannten Streikkomitees geführt werden... Es müssen Kampfkomitees gebildet werden von Betriebsangehörigen ohne Rücksicht darauf, ob deren Mitglieder einer Partei oder Gewerkschaft angehören. Diese Streikkomitees müssen die Aufgabe haben, den Verband aus dem Betrieb zu verdrängen und die Führung des Kampfes aus seinen Händen zu reißen... Das Streikkomitee muß Demonstrationen vor den Gewerkschaftsbüros veranstalten... und in den Massen das Vertrauen zum Gewerkschaftsapparat zerstören.“

Zur wirksamen Unterstreichung dieser Spaltungs- und Zerstörungspolitik gehört noch die Kenntnis eines Ausspruches des kommunistischen Gewerkschaftsbonzen Losowski, der sich auf einer vor einigen Monaten stattgefundenen Tagung wie folgt vernehmen ließ:

„Jawohl, unsere Anweisungen bedeuten Spaltung. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aus der wir nur durch die Spaltung der Verbände herauskommen!“

Daß nach diesem Rezept, wo die Kommunisten nur herankommen konnten, verfahren wurde, das beweisen die Spaltungen in allen Organisationen der Arbeiterschaft aller Länder. Die Unternehmer sind ob solcher wirksamen Helfer ganz entzückt. Die schwerindustrielle „Bergwerkszeitung“ äußerte sich kürzlich u. a. wie folgt:

„Was ist gefährlicher, der radaumachende und brüllende Kommunist oder die schleichende kalte Sozialisierung? Die Unterhöhnung des Privateigentums, die Vernichtung der Spar- und Aufstiegsmöglichkeiten u. a. m., das sind doch alles Hochziele der marxistischen Gewerkschaften. Die Bedeutung der kommunistischen Gefahr liegt einzig und allein bei den Gewerkschaften.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das großkapitalistischste Blatt Deutschlands, äußerte sich in ähnlichem Sinne und schrieb:

„Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird. Sie sind für die bürgerlichen und kapitalistischen Staaten solange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie wirken.“

Nach diesem Eingeständnis braucht es eigentlich keiner Worte mehr, um die reaktionäre Wirkung der Kommunisten zu beurteilen. Daß sich diese Feinde der Arbeiterschaft auch die gegenwärtige Zeit und ihre Not nicht entgehen lassen, um ihr Parteisüppchen am lodernen Feuer zu kochen, das versteht sich am Rande. Hauptsächlich auf die Arbeitslosen ist es abgesehen, und die Versuche, die Not vor ihren Parteikarren zu spannen, ist eine tägliche Erscheinung. Die „zentralen Anweisungen für die Wahlkampagne im Herbst“ enthalten folgenden charakteristischen Satz:

„... Wir haben ein besonderes politisches Interesse daran, den Notstand, der in diesem Jahre früher als sonst verschärft in den Vordergrund tritt, energisch auszunützen.“

Kommentar überflüssig. Alles andere Gerede um die Arbeitslosen herum ist nur Täuschung. Eine Partei, die sich prinzipiell so einstellt, um jeden Preis 25 bis 50 Proz. radikaler in ihren Forderungen zu sein als die Gewerkschaften und Sozialde-

mokratie, ohne Rücksicht auf die Durchführbarkeit, hat für die Interessenvertretung der Arbeiterschaft keinerlei praktischen Wert. Ihr Wirken ist „nur Schnauze“.

Wie es im übrigen aussehen würde, wenn die Kommunisten die Leitung der freien Gewerkschaften in die Hände bekommen würden, davon ein Beispiel von den „roten“ Gewerkschaften in der Tschechoslowakei. Ein dortiges Gewerkschaftsblatt, das das Wirken der Kommunisten aus eigener Anschauung her kennt, läßt sich wie folgt vernehmen:

„Die von der kommunistischen Partei eingesetzte Leitung des Gewerkschaftsverbandes verwandte die eingelaufenen Gelder in erster Linie zur Bestreitung der Agitationskosten der kommunistischen Partei. Ununterbrochen wurden neue Sekretäre eingestellt, obwohl der starke Mitgliederverlust einen Abbau erfordert hätte. Dafür war aber für Unterstützungen kein Geld da und den Mitgliedern wurde eingeredet, daß sie ohne Unterstützungen streiken müßten, weil sie erst dadurch ihre revolutionäre Kampfkraft beweisen würden.“

Wie würden die Kommunisten geifern, wenn bei freien Gewerkschaften derartige Verhältnisse möglich wären. Wie schimpfen sie schon jetzt in der verlogenen Manier über „Korruption“, wenn einmal ein ungetreuer Funktionär seines Postens enthoben werden muß, was so bedauerlich es auch sein mag, in einer Millionenbewegung doch hier und da einmal in Erscheinung tritt. Sie verschweigen natürlich, wie es in dieser Beziehung im gelobten Rußland aussieht. Darüber sagte auf einem russischen Gewerkschaftskongreß der Oberbonze Tomski folgendes:

„In der ersten Hälfte des Jahres sind 442 766 Rubel veruntreut worden. Dies ist nur die Summe, die wir festgestellt haben...“

Wo wird gestohlen: Überall, in den Betriebsräten, in Arbeiterklubs, in den Kreis-, Gouvernements- und Bezirksverwaltungen. Wer stiehlt? Zur Beschämung unserer Körperschaft muß ich sagen, daß an erster Stelle die Vorsitzenden stehen. Sehr traurig steht es mit der Jugend.“

Das bekommen die Mitglieder der deutschen KPD. natürlich nicht zu hören und auch nicht zu lesen. Ähnlich sieht es auf allen anderen Gebieten aus. Was für eine Heuchelei führen die Kommunisten mit der Arbeitslosenversicherung auf, gegen die sie ja im Reichstag gestimmt haben und die ohne das Wirken der Gewerkschaften und Sozialdemokratie nicht geschaffen worden wäre. Wie wohlfeil nimmt sich in ihrem Munde das Wort „Faschist“ oder „Sozialfaschist“ aus und doch ist es Tatsache, daß ihre Diktaturmethoden denen Mussolinis am verwandtesten sind. Aus diesem Grunde haben sie wohl auch die faschistische Luftflotte, die von französischen Arbeitern ausgepfiffen wurde, so überaus herzlich in Odessa empfangen und auch durch ihre Minister dem Oberfaschisten Mussolini zweimal herzlich gratulieren lassen, als ihn die Kugel des Rächers verfehlte. Ähnlich steht es mit den Begeiferungen, wenn einmal aus irgendwelcher Ursache heraus Vertreter der Arbeiterschaft gesellschaftliche Verpflichtungen erfüllen müssen. Die verlogenen Bilder werden fabriziert, um zu „beweisen“, wie „geschlechtlich“ wird. Hinter diesem Tun lauert natürlich die Absicht, Mißtrauen zu säen. Daß aber die größten Scharfmacher aller Parteien, denen die Kommunisten im Parlament täglich in billigster Art das Mißtrauen aussprechen, gern und off gesehene Gäste in der Berliner russischen Botschaft sind, und daß die dortigen Gastgeber sich aufs Schlimmste ganz anders verstehen, das schildert wieder einmal die „Rheinische Zeitung“, die unter Aufführung der üppigen Speisenfolge und der Weine und Liköre sowie der ganzen Aufmachung in einer Zeit größter Arbeitslosigkeit und Not wie folgt schreiben konnte:

„... nur die deutschen Kommunisten dürfen das „klassenbewußte“ Schauspiel nicht sehen, von ihnen war keiner geladen worden.“

So sieht es überall aus. Wir müssen es wegen Raum-mangel heute aufstecken, uns mit den kommunistischen Betrieben zu befassen, mit ihren Lohnabbauversuchen, ihrer Bekämpfung der Betriebsräte und ihrer Rolle, die sie deswegen vor den Arbeitsgerichten gespielt haben. Auch da sind Theorie und Praxis verschiedene Dinge. Wir müssen es uns auch für heute verkneifen, die Rolle jener Parteibonzen gebührend unter die Lupe zu nehmen, die sie bei angezettelten Straßenaufmärschen und Zusammenstößen mit der Polizei gespielt haben. Wir wären bei dieser Gelegenheit obendrein noch in der angenehmen Lage, uns nur auf Aussagen kommunistischer Blätter zu stützen. Wir denken aber, daß es auch so genügt, um zu erkennen, das eine derartige Partei, die so dem Kapital nützt, und zwar durch alle ihre Handlungen, keinerlei Vertrauen verdient und für die Wahl am 14. September auf keinen Fall in Frage kommen kann.

VERBAND UND BERUF

Warnung an die Arbeiter im graphischen Gewerbe!

Wie dem Internationalen Gewerkschaftsbund vom argentinischen Buchdruckerverband telegraphisch mitgeteilt wurde, versucht das dortige große Unternehmen „Fabril Financiera“, seine streikende Belegschaft durch graphische Arbeiter aus Italien, die durch Verträge verpflichtet werden, zu ersetzen. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß das argentinische Unternehmen diesen Versuch auch auf die graphischen Arbeiter anderer Länder ausdehnt, werden hiermit alle Arbeiter aufgefordert, kein Übereinkommen mit genannter Firma abzuschließen.

Wilhelm Hänlein 60 Jahre alt

Am 1. September kann der Kollege *Wilhelm Hänlein*, Sekretär im Verbandsvorstand, seinen 60. Geburtstag begehen. Die Wiege des Kollegen Hänlein, der in der Hauptsache die Expedition im Büro des Verbandsvorstandes leitet, stand in Koblenz. Hier verlebte er seine Jugendzeit. Dann kam er zu einem Photographen in die Lehre. Den jungen Photographengehilfen führte dann, wie damals üblich, der Lebensweg durch manche deutsche Stadt, bis er in Berlin hängen blieb. Denn hier pulste das Leben der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung besonders stark. Auch Kollege Hänlein stellte seinen Mann. Galt es doch, besonders den Deutschen Photographen-Gehilfenverband, dem Kollege Hänlein in den letzten Jahren bis zu seiner Verschmelzung mit dem Verband vorstand, vorwärts zu bringen. Diese Verschmelzung wurde durch einen Beschluß der Delegiertenversammlung der Photographen Pfingsten 1908 in Berlin eingeleitet, der eine Urabstimmung vorsah. Am 1. Oktober erfolgte der Anschluß des Photographen-Gehilfenverbandes an den Verband. Seit dieser Zeit wirkt Kollege Hänlein im Dienste der größeren Kollegengemeinschaft. Hoffen wir, daß es ihm vergönnt ist, noch recht lange den ihm gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Zu seinem 60. Geburtstag wünschen wir ihm besonders gute Gesundheit und noch viele Jahre frohen Schaffens.

Die Arbeitslosigkeit im Monat Juli

Die Zahl der arbeitslosen Kollegen hat im Monat Juli nach wie vor ihren hohen Stand erhalten. Nach der aufgenommenen Statistik, die 21262 Kollegen erfaßte, waren am Stichtage 3667 vollständig erwerbslos. Welches Elend in dieser Ziffer enthalten ist, braucht keinem Kollegen demonstriert zu werden. Jeder weiß ja selbst, wie es heute mit sogenannten „Lebensstellungen“ beschaffen ist und wie schnell man auf der Straße sitzt. Das einzig stabile ist noch die Solidarität der Kollegen. Und den Arbeitslosen muß die Solidarität der noch Arbeitenden und besonders die finanzielle Hilfe gelten. Es kann deshalb gar keine Rede davon sein, daß mit Ende September die Extratrainingstützung der arbeitslosen Kollegen eingestellt wird. Deshalb muß auch der Extrabehälter weiterhin entrichtet werden. Hilfe den Arbeitslosen tut jetzt erst recht bitter not!

Kurzarbeit war im Juli folgende zu verzeichnen: 1 bis 8 Stunden die Woche arbeiteten verkürzt 891 Kollegen, 9 bis 16 Stunden 424, 17 bis 24 Stunden 221, über 25 Stunden 133 Kollegen. Im ganzen traf die Kurzarbeit 1669 Kollegen. Krank waren zu gleicher Zeit 693 Kollegen gemeldet.

Und bei solchen Zahlen will man der Kollegenschaft erzählen, daß noch mehr Lehrlinge gebraucht werden!

Die deutsche Buchproduktion

Der katastrophale wirtschaftliche Niedergang, die große Arbeitslosigkeit und die Schwächung der Kaufkraft der breiten deutschen Volksschichten hat die deutsche Buchherstellung erheblich beeinträchtigt. Wenn auch im Vergleich mit anderen bedeutenden Kulturländern, so England, Frankreich und die Vereinigten Staaten, die deutsche Buchproduktion verhältnismäßig hoch ist, so läßt sich aber doch eine merkbare Abschwächung feststellen, der allerdings auf der anderen Seite eine erhebliche Zunahme von Zeitschriften- und Zeitungsdrucken gegenübersteht. Besonders

stark ist der Rückgang der Buchproduktion seit 1928. Während 1925 noch 31595 Bücher hergestellt wurden, belief sich die Buchherstellung 1928 auf 27494 und 1929 auf 27002 Bücher. Es wurden also 1929 4593 Bücher weniger hergestellt als 1925. Im Jahre 1913 betrug die Produktion einschließlich Zeitschriften 35078. Man wird nicht fehlgehen, wenn man aus dem Rückgang den Schluß zieht, daß die gegenwärtige, nun schon über ein Jahr anhaltende Wirtschaftskrise die Verleger vor Neuauflagen zurückhält.

Dagegen hat der wirtschaftliche Niedergang einen Rückgang der Zeitschriftenproduktion nicht bewirkt. Die Zahl der erscheinenden Zeitschriften stieg von 6127 im Jahre 1925 auf 7116 im Jahre 1928 und 7307 im Jahre 1929. Seit 1925 ist also die Zeitschriftenherstellung um 1180 Stück gestiegen. Sicher ein Zeichen dafür, daß mit jeder wirtschaftlichen Verschlechterung einsetzende Reklameteigerung zu einem Anwachsen der Fachzeitschriften geführt hat. Auch gewinnt zweifellos das Fachorgan infolge steigender Anteilnahme der Leser an den technischen Neuerungen in seiner Branche eine immer größere Bedeutung. Nicht zu unterschätzen ist auch die aus diesen Blättern fließende wirtschaftliche Aufklärung. Die Tageszeitungen sind heute nicht mehr in der Lage, auch bei noch weiterer Vergrößerung ihres Umfangs, die eingehenden statistischen Untersuchungen, die wirtschaftlichen Feststellungen und Veränderungen in den Industrie- und Handwerkszweigen sowie des Handels und Verkehrs zu bringen. Sie können nur die wichtigsten Vorgänge registrieren. Dagegen können sich die einzelnen Fachorgane sehr ausführlich mit den technischen und wirtschaftlichen Vorgängen auseinandersetzen. Diese Gründe sind denn auch hauptsächlich entscheidend für das ständige zahlenmäßige Ansteigen der Zeitschriften, deren Umfang bezeichnenderweise sich auch immer mehr vergrößert.

Von der Gesamtproduktion 1929 entfielen 4172 Bücher oder 15,4 Proz. der Gesamtbuchherstellung auf die schöne Literatur, 2106 Bücher oder 7,8 Proz. auf Wirtschafts- und Sozialwissenschaft sowie Politik und 2078 Bücher gleich 7,7 Proz. der Gesamtherstellung auf Religionswissenschaft. Zugewonnen gegenüber 1928 hat die Herstellung von Wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Literatur. Die politische und die schöne Literatur sind in den letzten Jahren zurückgegangen, die religionswissenschaftliche Literatur hat sich zahlenmäßig nur gering verändert. Bemerkenswert ist, daß die Produktion von Kriminalromanen stark gestiegen ist.

Der Durchschnittslistenpreis für ein Buch betrug 1929 6,19 Mk. gegen 5,62 Mk. 1928, 4,78 Mk. 1925 und 4,07 Mk. im Jahre 1913. Wie daraus hervorgeht, ist der Buchpreis bis 1929 gegenüber 1913 um 52 Proz. gestiegen. Diese Preissteigerung entspricht im Verhältnis etwa der Verteuerung der Lebenshaltungskosten in Deutschland nach dem Index. Die Zahl der Verlage stellte sich 1929 auf 3486 gegen 3481 im Jahre 1928. Die Gesamtzahl der buchhändlerischen Betriebe stieg von 11762 im Jahre 1928 auf 11763 im Jahre 1929. Danach steht dem Rückgang der Buchproduktion eine, allerdings nur geringe Zunahme der Verlage und buchhändlerischen Betriebe gegenüber.

Der deutsche Außenhandel mit Büchern hat sich im Jahre 1929 wegen der stark gestiegenen Einfuhr etwas verschlechtert. Der Ausfuhrüberschuß betrug 1929 rund 34.000 Doppelzentner gegen 36.000 Doppelzentner 1928. Die Bucheinfuhr einschließlich Gebetbücher stieg von 45.600 Doppelzentner 1927 auf 54.600 Doppelzentner 1929, die Ausfuhr betrug 1927 rund 71.500, 1928 rund 85.700 und 1929 rund 89.300 Doppelzentner. E. N.

Tagung des Reichsverbandes der Behördendrucker

Über diese Tagung berichtet die „Volkswacht“, Breslau: Am Sonnabend und Sonntag tagte in Breslau im Mozartsaal der Hermannloge der 7. ordentliche Vertretertag des Verbandes der Steindruckers, Lithographen, Buch- und Kupferdrucker Deutschlands in Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden, zudem neben den 45 Delegierten aus allen Teilen des Reiches auch zahlreiche Behördenvertreter erschienen waren. Der internen Vollversammlung am Sonnabendmorgen schloß sich eine vom Bundeskassierer Eckert (Karlsruhe) geleitete Festsetzung an, bei der der Bürgermeister für die Stadt Breslau, Kollege Hoffmann für den Ortsausschuß des ADGB und den Verband der Lithographen und Steindruckers und Kollege Fuhrmeister für den Orts- und Bezirksausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und für den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands die Tagungsteilnehmer in Breslau Mauern begrüßten und die besten Wünsche für den Erfolg der Tagungsarbeiten zum Ausdruck brachten.

Nach einer musikalischen Einleitung hielt Landesrat Titch einen Vortrag über das Thema „Der Beamte im Volksstaat“, in dem er treffende Vergleiche zwischen der Stellung des Beamten in der durch die Revolution beseitigten Herrschaftsform und dem republikanischen Staate zog und damit darlegte, wieviel wertvoller es ist, Diener des Volkes zu sein. Die jüngere Generation glaubt es heute nicht, daß in der vergangenen Epoche die Arbeitnehmer des Obrigkeitsstaates, ganz gleich, ob es sich um Beamte oder Arbeiter handelte, ihren Arbeitgeber als Heloten gegenüberstanden. Die Stadt Breslau lieferte auch dafür ein Beispiel, indem einer ihrer früheren Oberbürgermeister eine Anzahl Arbeiter auf die Straße setzte, weil sie sich erdreistet hatten, eine Forderung aufzustellen. Zwar lassen es sich gewisse Kreise heute anlegen, die uns bedrückende Krise als eine Krise der Demokratie zu bezeichnen, aber die überwältigende Mehrzahl des Volkes steht zu der Republik, der es zu verdanken ist, daß sich vieles verändert hat. Noch ist freilich das Verhältnis zwischen Beamten und Staatsbürgern nicht so ideal, wie es wünschenswert wäre. Dies habe allerdings auch eine berechtigte Ursache, weil es auch noch Beamte gibt, die nach früherem Schemata glauben, von oben herunter regieren zu können und noch jener Zeit gedenken, da sie Treue dem Monarchen gelobten und sich nur als Diener dieses nach ihren Begriffen klugen und weisen Mannes fühlten. Mit treffenden Worten wies der Redner darauf hin, daß es noch ein großes Stück Erziehungsarbeit zu leisten gelte und Front gemacht werden muß gegen jene Kreise der Beamtenschaft, die eine Aufgabe darin sehen, die Republik zu unterhöheln. Treffende Worte fand er auch, als er zum Schluß darauf hinwies, daß in der heutigen Zeit der Riesenarbeitslosigkeit sich jene Kreise, die ihr sicheres Brot haben, verpflichtet fühlen müssen, gewisse Opfer zu bringen.

In einem weiteren Vortrag über das Thema „Der Drucker im Dienste der Behörde“, wies der Breslauer Ortsgruppenvorsitzende, Kollege Haas, in längeren Ausführungen auf den Aufschwung der Eigenherstellung von Drucksachen bei den Behörden hin, die vielleicht längst über den Rahmen der früher üblichen Hausdruckerei hinausgegangen ist. Recht ausführlich legte er dann in diesem Zusammenhange die Einkommensverhältnisse bei Behörden und Privatbetrieben dar, aus denen zu entnehmen war, daß die Drucker bei den Behörden durch die Eingruppierung in die Gruppen von Hausdienern und Boten kaum richtig nach ihren fachlichen Leistungen bewertet werden und der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß in dieser Beziehung bald eine wesentliche Änderung eintreten möge.

Im Anschluß erfolgte eine Besichtigung der gut zusammengestellten Druckerzeugnisse - Ausstellung, die einen Einblick in das Arbeitsgebiet des Behördendruckers gestattete. Mit einer Schlußansprache des Verhandlungsleiters Eckert fand die öffentliche Tagung ihren Abschluß.

Ausstellung zeitgemäßer Behördendrucksachen

Die Drucksachen der Behörden zeigen in ihrer typographischen Ausstattung in der Regel noch das gleiche ernste und amtliche Aussehen wie vor Jahrzehnten, nur das sich im Wortlaut manchmal der Amtsstil etwas geändert hat. Einige deutsche Stadtverwaltungen haben sich nun das Verdienst erworben, auch die amtliche Drucksache in einem zwar sachlichen aber doch zeitgemäßen Gewande herzustellen zu lassen.

Eine Auswahl guter Beispiele solcher Behördendrucksachen sind zu einer Ausstellung im Berliner Buchgewerbesaal, Dreibrundstr. 5, von Mitte August bis Mitte September 1930 zu sehen. Es sind unter anderen Drucksachen der Frankfurter Stadtverwaltung, die von dem Werbegraphiker Leistkow ihre einfachen Formulare und Geschäftsdrucksachen sowohl wie auch die umfangreichen Werbendrucksachen für ihre wirtschaftlichen Unternehmen bearbeiten ließ. Auch München und Karlsruhe, die den gleichen Weg gegangen sind, zeigen ihre umgestalteten Drucksachen. Von Berlin finden wir nur Vorschläge der Kunstgewerbeschule Berlin-Ost zur Verbesserung der städtischen Drucksachen, besonders der Plakate. Zur praktischen Durchführung sind diese Vorschläge leider noch nicht gekommen. — Durch Gegenüberstellung von Beispiel und Gegenbeispiel wird der Unterschied zwischen alter und neuer Drucksachenausstattung offensichtlich. Die Ausstellung verdient die Aufmerksamkeit der Berliner Öffentlichkeit; ihr Besuch kann deshalb nur empfohlen werden. Geöffnet ist sie wochentags von 9 bis 18 Uhr, Sonnabends von 9 bis 14 Uhr (Sonntags geschlossen).

FRAU UND KIND

Welcher Partei gebe ich meine Stimme?

„Das Deutsche Reich ist eine Republik, die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ So bestimmt die deutsche Reichsverfassung, die nach dem Völkermorden und dem monarchistischen Zusammenbruch vor 11 Jahren in Weimar beschlossen wurde. Und sie brachte zugleich das von der Sozialdemokratischen Partei so viele Jahre vergeblich geforderte Frauenwahlrecht. Also solange die Arbeiterklasse durch ihre politische Vertretung, die Sozialdemokratie, ein Mitbestimmungsrecht hat, ist auch die Frau politisch mündig geworden und kann auf die Geschicke des Staates und seine Verwaltung durch Teilnahme an der Wahl einwirken.

Wo Rechte sind, da sind natürlich auch Pflichten. Und Wahrecht heißt natürlich auch Wahlpflicht. Es ist deshalb nur eine Selbstverständlichkeit, wenn die Frau bei angesetzten Wahlen ihr Stimmrecht ausübt. Leider ist das noch lange nicht in ausreichender Weise der Fall und noch viel zu oft hört man den ganz falschen Einwand: Auf mich kommt es nicht an. Auch auf deine Stimme, liebe Leserin, kommt es an! Gerade auf deine Stimme kommt es an. Oder weißt du nicht, daß die Partei der Nichtwähler in Deutschland die größte ist? Weißt du, daß dein Fernbleiben von der Wahl unter Umständen Lohnabbau, direkt oder indirekt heißt? Also auf deine Stimme kommt es sehr wohl an! Die Hauptsache ist nur, daß du von deinem Wahlrecht den rechten Gebrauch machst und denen deine Stimme gibst, die dir und den Deinen wohlwollen und sich für deren Wohlergehen einsetzen.

Für den 14. September ist wieder Wahl zum Deutschen Reichstag angesetzt. Warum? Die jetzt noch amtierende Regierung Brüning hat in unglücklicher Weise die Interessen des arbeitenden Volkes mit Füßen getreten und die Lebenshaltung der breiten Massen verteuert. Sie hat Steuern und Zölle erhöht, die Arbeitslosenunterstützung herabgesetzt, die Krankenversicherung verschlechtert, die Konsumvereine durch Sondersteuern benachteiligt und den Besitzenden riesige Geschenke gemacht. Diese Regierung muß verschwinden.

Welcher Partei soll nun bei der Wahl die Frau die Stimme geben?

Der Sozialdemokratischen Partei!

Warum?

Das sagt uns die „Gewerkschafts-Zeitung“, die Zeitung aller freien Gewerkschafter, wie folgt:

„Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist es nicht schwer, in diesem kommenden Wahlkampf Stellung zu nehmen. Für sie versteht es sich ganz von selbst, daß sie ihre Stimme nur der Sozialdemokratie geben kann.“

Die Sozialdemokratie hat in der Regierung Hermann Müller den *Young-Plan* zum Abschluß geführt und mit Stresemann die *Rheinlandbefreiung* erreicht.

Die Sozialdemokratie hat mit Severing der *Lohnbaupolitik* des rheinisch-westfälischen Großkapitals einen Riegel vorgeschoben, den jetzt ein Zentrumsminister Stegerwald wirkungslos macht.

Die Sozialdemokratie hat mit Minister Wissell den Abbau der *Sozialpolitik* verhindert und sich insbesondere bis zum äußersten gegen die Verschlechterung der *Arbeitslosenversicherung* gewehrt.

Die Sozialdemokratie hat durch Severing dem putschistischen *Nationalsozialismus* die Mittel zur Errichtung seiner Ordnungszelle in Thüringen gesperrt.

Die Sozialdemokratie hat in der Opposition am nachhaltigsten den Kampf gegen die *ungerechte Besteuerung der Konsumvereine* geführt.

Die Sozialdemokratie ist den Brüning-Entwürfen zur Verschlechterung der *Arbeitslosenversicherung* am schärfsten entgegengetreten.

Die Sozialdemokratie hat die arbeiterfeindlichen Angriffe auf die *Krankenversicherung* gebrandmarkt.

Die Sozialdemokratie hat die *Entrechtung der Kriegsinvaliden* und *Wöchnerinnen* zurückgewiesen.

Die Sozialdemokratie hat mit aller Schärfe die unsoziale *Ledigensteuer* bekämpft.

Die Sozialdemokratie hat aber nicht nur fruchtlose Opposition getrieben, sondern sie hat unaufhörlich Mittel und Wege zur *Gesundung der Reichsfinanzen* aufgezeigt.

Die Sozialdemokratie hat Steuern vorgeschlagen, die auch den *Besitz* entsprechend seiner Tragfähigkeit heranziehen.

Die Sozialdemokratie hat beantragt, die Kosten der Arbeitslosenversicherung durch erhöhte Beiträge und *Reichszuschüsse* zu decken. Nicht die Arbeitslosen dürfen das Opfer der Reichsfinanznot sein.

Die Sozialdemokratie hat die Vereinheitlichung der Organisation der *Krankenkassen* vorgeschlagen, die enorme Verwaltungskosten ersparen würde.

Die Sozialdemokratie hat eine Begrenzung der *Pensionen der Großpensionäre* beantragt, die den Reichshaushalt stark belasten, und im Reichstagsausschuß bereits durchgesetzt.

Die Sozialdemokratie hat dem Spiel mit dem Diktaturparagrafen den äußersten Widerstand geleistet und damit die *Demokratie verteidigt*.

Die Sozialdemokratie hat die Wiederaufhebung der vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 erlassenen *Diktaturverordnungen* durchgesetzt.

Die Sozialdemokratie war es, die dadurch die *Reichstagsauflösung* erzwungen hat und erreicht, daß das deutsche Volk selbst entscheidet.

Auf deine Stimme kommt es an!

„Auf meine Stimme kommt's nicht an“,
So sagst du wohl an jenem Tag, —
Da sich das Volk Vertreter kürt —
O welch ein töricht eitler Wahn!

Ihr Arbeitsmenschen, merkt es gut:
Die Feinde zählen ihren Troß —
Weh' euch, gewännen die den Sieg,
Die voll von Trug und Uebermut!

So kommt zu uns, ob Frau, ob Mann,
Mit starker Hand mit klarem Blick —
Mitbruder komm — vergiss es nicht;
Auf deine Stimme kommt es an!

Hedda Wagner.

Die Sozialdemokratie hat an die Stelle der Diktaturgelüste einer volksfeindlichen Rechtsregierung die *Volksbefragung* gesetzt.

Die Sozialdemokratie hat damit die *demokratische Republik* vor dem Selbstmord bewahrt.

Ist es dir nun noch fraglich, welcher Partei du bei der Reichstagswahl am 14. September deine Stimme gibst?

Nein!

Meine Stimme gebe ich der Sozialdemokratischen Partei!

Auflösung der Familie

Im „Bücherkreis“ erschien „Das Buch vom Bauen“ von A. Sigrist. Hier wird wohl zum erstenmal der Versuch gemacht, das Bauproblem grundsätzlich sozialistisch zu behandeln. Wir veröffentlichen im Nachstehenden aus diesem Buch einen interessanten Abschnitt, der sich mit den Wandlungen im Familienleben in der Gegenwart beschäftigt.

Schon das „Kommunistische Manifest“ stellt gegenüber dem Vorwurf, daß die Sozialisten die Familie zerstören wollen, fest, daß schon das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst die Familien auflöse. Kein Zweifel, daß die Familie eine außerordentlich widerstandsfähige Einrichtung ist, die durch tausend Denk- und Lebensgewohnheiten, durch eine viele Jahrhunderte alte Überlieferung, durch zahllose Rechtsbedingungen und auch immer noch durch sehr viele wirtschaftliche Tatsachen gestützt wird. Trotzdem kann heute nur festgestellt werden, daß Marx und Engels schon im „Kommunistischen Manifest“ grundsätzlich richtig geurteilt haben. Man braucht dabei nicht an die sexuelle Seite der heutigen Ehekrise und überhaupt nicht an die Änderung der Gewohnheiten und Entscheidungen in sexuellen Dingen zu denken, deren neuere Entwicklung ja allerdings sehr deutlich ist. Es genügt vielmehr, sich ein-

fachere, wenig von Gefühlen betonte und weniger umstrittene Tatsachen vor Augen zu halten.

Tatsache ist z. B.,

daß die Zahl der Mahlzeiten, die in der Familiengemeinschaft eingenommen werden, allmählich zurückgeht,

daß dagegen die Zahl der Mahlzeiten, die in Kantinen von Fabriken, großen Büros, Warenhäusern, in den Arbeitspausen eingenommen werden, ständig wächst,

daß ferner die Zahl der Kinder, die mindestens einmal am Tage eine Schulspeisung erhalten, ebenso ständig wächst,

daß die Zahl der Stunden, die von Müttern (oder gar von Vätern) für die Beaufsichtigung ihrer Kinder, für das Spielen und Arbeiten mit ihnen, aufgewandt wird, sicherlich immer geringer wird,

daß auf der anderen Seite die Zahl der Säuglingsheime, Kindergärten, Tages- und Waldschulen, allmählich zunimmt und weit rascher zunehmen müßte und würde, wenn die notwendigen Mittel dafür bereitgestellt würden,

daß vor allem in Amerika, dessen größerer durchschnittlicher Wohlstand diese Entwicklung fördert, die eigene Wohnung in wachsendem Maße nur noch als gemeinsamer Schlafraum angesehen und infolgedessen räumlich klein gehalten wird, während man auch gemeinsame Mahlzeiten und alle Erholungszeit außerhalb des Hauses verbringt,

daß in starkem Maße ebenfalls in Amerika, aber jetzt auch schon in Deutschland, ein wachsendes Bedürfnis nach Wohnhäusern in Form des „Boarding“-Hauses hervortritt, d. h. eines Hauses, in dem eine große Zahl von kleinen Wohnungen (Ein- und Zweizimmer) mit einfacher Kochgelegenheit kombiniert ist, mit einer gemeinsamen Küche für die großen Mahlzeiten, mit gemeinsamen Speiseräumen, gemeinsamer Waschküche, und ausgestattet mit allen modernen arbeitsparenden Einrichtungen, insbesondere für die Reinigung.

Mit Absicht sind hier solche Anzeichen der Entwicklung ausgewählt, die sich hauptsächlich auf das Essen beziehen. Welches sind denn die materiellen Grundlagen der gegenwärtig bestehenden Form des Familienlebens und damit auch der Formen des Wohnungsbaues? Wir wollen dabei von den seelischen Faktoren einmal ganz absehen. Nicht, als ob sie nicht auch materiell wären, denn sie existieren und wirken zu ihrem Teil mit. Aber das Leben um uns zeigt uns gerade heute täglich, wie sehr sie wandelbar sind und wie sehr sie gerade jetzt fragwürdig geworden sind. Um also von den im groben Sinne materiellen Faktoren zu sprechen, so ist die städtische Familie vor allem eins nicht mehr, was sie noch bis vor etwa hundert Jahren war: sie ist keine Produktionsgemeinschaft mehr.

In der Gegenwart ist die normale Familie, vielmehr wirtschaftlich betrachtet, nur eine Konsumtionsgemeinschaft, d. h. eine Organisation zur Regelung des Verbrauchs und damit zur Wiederherstellung der verausgabten Arbeitskraft. Die Lobredner der „guten alten Zeit“ finden bekanntlich, daß „die Frau in die Küche gehört“. Damit ist ein sehr wesentlicher Teil des wirtschaftlichen Sinnes der bürgerlichen Familie getroffen. Wenn die Frau in die Küche gehört, d. h. den Ernährungsfonds der Familie verwalten, Nahrungsmittel einkaufen und herrichten soll, so gehören entsprechend der Mann und die Kinder an den Familientisch. Dieser Teil der Frauentätigkeit wird nicht nur dann erschwert, wenn die Frau mitverdienen muß, sondern er verliert auch seinen Sinn, wenn der Mann seine tägliche Hauptmahlzeit in der Kantine einnimmt, wenn er, wie es häufig vorkommt, die Woche über auswärts arbeitet und nur über Sonntag zu Hause ist, wenn die Kinder Schulspeisung bekommen.

Übrigens hat auch die Hausfrau alten Stils keineswegs den ganzen Tag in der Küche zu tun. Zu ihrer Aufgabe, die Konsumtionswirtschaft zu regeln, gehört noch vieles andere. Sie besorgt Kleidung für sich und die Kinder, und da man nicht immer neu einkaufen kann, hat sie viel zu tun mit Nähen und Flecken. Sie sorgt für die Reinlichkeit in der Wäsche und den Wohnräumen, sie heizt, sie beaufsichtigt die Kinder. Doch von den Kindern später. Mit allen diesen Dingen kann sich eine Hausfrau alten Stils auch in einer Wohnung von drei oder vier Zimmern schon den ganzen Tag zu tun machen, wenn möglich noch mit einem Dienstmädchen zusammen.

In diese Überlieferung hat der moderne Kapitalismus bereits gewaltige Breschen geschlagen, und durch den Krieg und seine Nachwirkungen ist die Entwicklung noch sehr beschleunigt.

LITERATUR UND KUNST

Verbandsgeld!

Musik von der Offsetpresse.

Drei Mark und soviel — drei Mark und noch was — drei Mark und Pfennig — den ganzen Tag zwitschert mir die Offsetmaschine ins Ohr: Drei Mark Verbandsgeld — ist sehr sehr nötig — geht gar nicht anders — ist deine Rettung — ist nur dein Vorteil — bestimmt ist das wahr! So zwitschert die Musik von meiner Offsetpresse. Den ganzen Tag über. Melodie und Melodie — der klappernde Taktstock ist gleich dabei. Eine richtige kleine, feine Konzertkapelle — mit ihrem Dirigenten: das ist meine Maschine. Ich habe sie lieb — sie hat mich lieb: ihren Gehilfen, ihren Kameraden, der ich ihr die schöne fette Speise: Farbe und Öl und Wasserfeuchte liefere. Drei Mark Verbandsgeld — ist für die Freiheit — ist um zu kämpfen — um Löhne und Freizeit. So sanft schmeichelnd ist die Melodie von meiner Presse, so vertrauensvoll, so versprechend — aber manchmal: da wird die Offsetmelodie auch drohend — wenn's draußen hinter den Milchscheiben regnet, wenn Melancholie in dicken grauen Wolken über der Welt hängt — dann: ja, dann: dann brummt und rattert meine Maschine: Du, so schlage doch die trüben Scheiben ein, daß auch du was von der Welt siehst — ist der Blick in die Weite, vielleicht nur von der Villa des Unternehmers gestattet? Sind wir: du und ich — du und die Maschine: sind nicht auch wir Lebewesen — aus der Welt geboren, in die Welt zurück sehend! Zum Feurio und Donnrio noch mal — reiß die Fenster auf, unter dem Regen fliegen die Schwalben, unser Herz soll mit fliegen — Freiheit, Ferne, Welt!

Jawohl: reiß die Fenster auf — aber wie? Der Betriebsleiter hat den Schlüssel zu den Patentfenstern — du kriegst se nicht uff — nur oben, die Schrägklappen: die kannte auf- und zuziehen. Du bist gefangen, wie 'n roter Kanarin sitzt du hier im Käfig, wie 'ne Maus in der Falle —. Drei Mark Verbandsgeld — wären es fünf — je mehr, um so stärker — auf alle Fenster! — noch weiter die Herzen — kühner den Mut noch — Verbandsgeld ist Kampfgeld — Verbandsgeld ist Volksgeld — fort den Profit! Immer mehr kämpfen! Härter und freier!

Zwitschertü — klapperdipapp — singe: erzähle! Und sie singt und erzählt — meine Offsetpresse, meine liebe treue Maschine, meine Kameradin vom Werk. Sie singt ihr Loblied, ihr Werdlied — zwitschertü und klapperdipapp. Reiß dich nicht ab! Kohle und Eisen, Feuer und Stahl. Drei Mark Verbandsgeld — der Streik ward gewonnen. Strahlende Hirne — hundert Erfinder — all aus der Tiefe: kamen sie auf. Blut so wie unsers — proletarische Urkraft — immer gings weiter: Schritt über Schritt. Drei Mark Verbandsgeld — Stahl, Eisen, Kohle — denkende Hirne — Kampf mit der Schwere, schöner und schneller — immer mehr siegreich — zwitschertü — klapperdipapp — so ward ich Maschine! Der Mensch war mein Schöpfer — drum sing ich ihm Lieder — drum druck ich ihm Bilder — Bilder der Urzeit — Kampf mit den Bären. Erst Jäger: dann Bauer — Nomade: dann Siedler — langsam und langsam ward erste Kultur.

Lerne — Verbandsgeld — frei unsere Geister — Brot her für alle — Schönheit den Kindern — drei Mark Verbandsgeld — das heißt unser Kampfgeld — schwi—schwa und schwunge: schwinde dich: Herz!

Klapperdipapp und zwitschertü — den andern den Reichtum — uns alle Mühl! Der hat 'ne Villa — du wohnst im sechsten — ganz unterm Dach — im si—sechsten Stock. Zwitschertü — wie ging das Leben? Nomaden und Jäger — Acker und Bauer — Freie und Knechte — Ritter und Sklaven: so lief die Welt. Ticktack — sei mutig — reiß auf hier die Fenster — draußen siegt Sonne — sie siegt auch im Herz. Drei Mark Verbandsgeld — das bringt uns vorwärts.

Bi—bunte Bilder — rolle und rolle — vielfach Gewalze — bri—bro—bra—brumme: Kautschuk und Stahl! Strom — hell elektrisch — Öle und

Fette — Farben und Blut. Blut — Mensch: du selber: auch du bist Maschine — ticktack macht 's Herze — strömend wogt 's Blut.

Her weiße Bogen — dreifache Farben — klippklapp: die Presse — Bild der Kultur. Ritter und Sklaven — Jus prima noctis — seufzende Töchter — vom Dorfe da drunten — droben die Zwingburg — Ritter betrunken — rufe den Donner: pfeife dem Blitz! Zwitschertü — klapperdipapp — drei Mark Verbandsgeld — reiß dich nicht ab! Sinnig beim Werke — doch stürmend mit Stürmen — stürmt: meine Bauern — Hutten und Geyer — Florian: Treuer! Freiheit und Tod.

Albrecht Dürer

1471 — 1528

Graphische Kunst:
sie ward früh geboten —
Zum Meister hat sie
sich Dürer erkoren.

Der große Wurf
war Dürer gelungen:
Wie ein Gott hat er kühn
den Süßgel geschwungen.

Was die Natur
an Schönheit straßt:
Das hat Dürer
gestochen, geschnitten, gemalt!

In Straßburg, Venedig
und Amsterdam —
War er Schüler,
reiste die Hand!

In Nürnberg aber,
dem schönen und alten —
Da wollte der Meister
sein Größtes gestalten:

Adam und Eva,
als Kupferstich,
Die Reingheit geformt
in — einem! — Stih.

Dürer war
ein Revolteur —
In der Kunst und im Herzen:
das gereicht ihm zur Ehr!

Max Dortu.

Verblutet — verloren — die Ritter sind Sieger — die Bauern ins Joch. Zwitschertü — o, nun so traurig — draußen: wie 's regnet — fort ist die Sonne — die Freiheit ist tot.

Drei Mark Verbandsgeld — Klarheit dem Volke — wecket die Lauen — nochmals zum Kampf! Frankreich: Bastille — dreifarbige Bilder: rot ist die Flamme, schwarz ist das Pulver — und golden die Freiheit. Zwitschertü — sie singt: deine Presse! Paris — die Bastille — Berlin 48 — Freiligrath: Herwegh — Sänger zur Front! Zitschertü, klapperdipapp — reiß dich nicht ab — der hat die Villa — du wohnst im sechsten — soll das so bleiben? Sage mir Antwort — zwitschertü — kämpfe und siege!

Drei Mark Verbandsgeld — Treue um Treue — rot steigt das Banner — Schluß mit dem Krieg — Revolte und Friede — Schluß mit dem Morden. Neu blüht das Leben! Zwitschertü: die Republik!

Volksstaat und Weimar — keine Soldaten — sozialisiert: das Bi—Bo—Ba—Bergwerk! Ward

manches versprochen — ward wenig gehalten — der hat die Villa — du — wo wohnst du? Doch drei Mark Verbandsgeld — die sind unser Kampfgeld — Marx und Lassalle — die Fahne empore! Zwitschertü — reiß dich nicht ab!

Eisen, Stahl, Kohle — Freiheit: Maschine! Breche die Ketten — die auch umfesseln — geistige Kämpfer: frei die Maschine! Zwitschertü — die Zukunft der Welt. Indien, China, der Inka, Kabyale, Araber, Australer, Brasiler, Argentos, Kapstadt, Kairo, London und Oslo, Berlin und Madrid: Brüder der Welten — wir wollen das gleiche: Einheit der Klasse — Kampf allen Reichen — zwitschertü: der Arme steht auf! Zwitschertü — klapperdipapp — reiß dich nicht ab!

Drucke: du Presse — zwitschernd: Maschine — dreifarbige Bilder Öl, Strom und Mensch — Kohle und Stahl.

Frei sind die Länder — die tropischen Wälder — billig der Kautschuk — billig der Reis auch — fort die Soldaten, kein Flugzeug als Mordzeug — Freiheit in Indien — in Afrika auch. Die Völker der Erde, die Arbeit der Erde: der Geist dieser Arbeit — machte uns frei. Nun nicht Profit mehr — nur der Bedarf noch — regelt die Wirtschaft. Klippertü — klapperdipapp — reiß dich nicht ab. Treu zum Verbands — treu den Ideen — Friede und Freundschaft — werde: Neu-Welt!

Drei Mark Verbandsgeld — drei Mark und soviel — drei Mark und Pfennig — wollen wir weiter — dann müssen mit silbernen — Kugeln wir schießen — drei Mark Verbandsgeld: ist nicht zu viel! Zwitschertü — klapperdipapp — Freund der Maschine: reiß dich nicht ab! Max Dortu.

Vom Büchertisch

Mein Arbeitstag — mein Wochenende. Verlag Textilpraxis, Berlin O 34, Memeler Straße 8-9.

Diese Schrift, die der Textilarbeiter-Verband herausgegeben hat, ist das Ergebnis eines Ausschreibens, anverträgt durch die Schilderung des Arbeitstages und des Wochenendes einer Textilarbeiterin. 150 Berichte über den Arbeitstag und das Wochenende von Textilarbeiterinnen sind in diesem Buche vereinigt. Es ist eine einzige Angelegenheit. Besonders was die Mütter schreiben, rollt das ganze Eheproblem auf. Da ist nichts mehr davon zu spüren, daß im Haus züchtig die Hausfrau waltet; sie warkt in der Fabrik und macht mehr nebenbei häusliche Arbeit. Eine Tragödie — Auflösung der Familie. Jeder sollte dieses Buch lesen, besonders aber die, die nicht genug über die Begehrlichkeit der Arbeiterzeit zeleren können.

Ein Feind der Gesundheit. Von Prof. Dr. med. A. Grotjahn. Verlag des Deutschen Arbeiter-Abstinenz-Bundes, Berlin SO 16, Engelauer 24-25. Preis 20 Pfennig.

In der Broschüre behandelt der hervorragende Sozialhygieniker Professor Grotjahn ein wichtiges Kapitel der persönlichen Gesundheitspflege: die Wirkung der alkoholischen Getränke auf den menschlichen Organismus. In einfacher, klarer Sprache, die sich wohlthuend von dem üblichen Gelehrteudeutsch unterscheidet, legt er dar, daß der gewohnheitsmäßige Alkoholenß fast an alle krankmachenden Einflüsse herabsetzt. Diesem S haben steht nicht einmal ein Nutzen gegenüber, denn das Kraftgefühl, das die alkoholischen Getränke hervorrufen, ist ebenso trügerisch wie das Wohlbehagen und die Stimmung, die sich gleichzeitig einstellen. Mit der ersten Mahnung, einmal zu prüfen, ob die heute für Alkohol ausgegebenen Summen nicht besser der E-nährung und Erholung, der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung zugeführt werden sollten, schließt die kleine Schrift. Es wäre zu wünschen, daß die Broschüre, die Volksaufklärung im besten Sinne des Wortes bringt, in die Hände recht vieler Arbeiter käme.

Inhaltsübersicht

Hauptteil: Der 14. September 1930 und die Gewerkschaften. / Wählt Liste 1! Sozialdemokraten. / Ein gefährlicher Trugschluß. / „Bloß Schnauze!“

Verband und Beruf: Warnung an die Arbeiter im graph. Gewerbe. / Wilhelm Hänlein 60 Jahre alt. Die Arbeitslosigkeit im Monat Juli. / Die deutsche Buchproduktion. / Tagung des Reichverbandes der Behördenrunder. / Ausstellung zeitgemäßer Behördenrunder.

Frau und Kind: Welcher Partei gebe ich meine Stimme? / Auf deine Stimme kommt es an! Auflösung der Familie.

Literatur und Kunst: Verbandsgeld. / Albrecht Dürer.

Vom Büchertisch. / Anzeige.

LINDCAR
Jetzt auch Nähmaschinen!

LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT
BERLIN-LICHTENRADE

Unternehmen der freien Gewerkschaften
Lindcar-Fahrräder und Lindcar-Nähmaschinen
gegen kleinste Wocherraten, durch das Werk unsere
Niederlagen und alle Ortsausschüsse des A. D. G. B.